

**Inhalt**

2007-01-11 St. Galler Tagblatt Blocher, der Staat und die Wahlen ..... 2

## Blocher, der Staat und die Wahlen

*Im Wahljahr 2007 dreht sich erneut alles um Christoph Blocher. Allerdings hat das weniger mit seiner Person als vielmehr damit zu tun, dass der Zürcher SVP-Bundesrat die Verkörperung des «Weniger-Staat»-Konzepts ist. Damit stellt er grundsätzlich das in Frage, was den heutigen modernen Leistungs- und Sozialstaat ausmacht. Von Walter Langenegger*

Ob gewollt oder nicht: Die Schweiz reibt sich einmal mehr an Christoph Blocher. Neun Monate vor den eidgenössischen Wahlen jubelt ihn die SVP hoch und inszeniert einen «Für-oder-gegen-Blocher»-Wahlkampf, während FDP und CVP den SVP-Bundesrat möglichst ausblenden und die SP versucht, vom Anti-Blocher-Reflex zu profitieren, ohne aber eine Anti-Blocher-Partei sein zu wollen.

### Streit um Staatskonzept

Dass Christoph Blocher auch diesmal den Wahlkampf dominiert, hat nicht bloss mit seinem professionellen Polit-Marketing, seinem politischen Talent und seiner tiefen Abneigung gegenüber Kollegialität und Konkordanz zu tun. Sondern vor allem damit, dass er wie kein anderer Politiker im Land den Wandel des Staatsverständnisses repräsentiert, der im Zuge der Globalisierung in breiten Kreisen stattgefunden hat. Galt der Staat bis Anfang der 90er-Jahre noch als der Ort des Ausgleichs zwischen Arbeit und Kapital sowie als Garant für verlässliche Rahmenbedingungen, eine funktionierende Infrastruktur und ausgebaute Sozialwerke, steht er inzwischen unter dem Dauerverdacht, verschwenderisch zu sein und wirtschaftliche Dynamik zu bremsen. Für viele ist der heutige moderne Leistungs- und Sozialstaat nicht Voraussetzung für Chancengleichheit und Freiheit, sondern Hindernis für Eigenverantwortung und individuelle Entfaltung.

### Der Staat soll schrumpfen

Christoph Blocher personifiziert dieses Denken, indem er den Staat nach US-amerikanischem Muster propagiert: geführt von einer Elite, neoliberal in seiner Wirtschaftspolitik, konservativ in seiner Gesellschafts- und Sozialpolitik. Wenn der Staat für Blocher eine Funktion hat, dann vor allem jene, Instrument der Wirtschaft zu sein. Die soziale Sicherheit indes überliesse er am liebsten ganz dem Markt, für die Schwächsten gäbe es nur noch Almosen nach dem Fürsorgeprinzip.

### Straffen und streichen

Diese Logik hat sich ein beträchtlicher Teil des politischen Establishments zu Eigen gemacht. Streichen und straffen, abbauen und auslagern, lautet oft das Programm der bürgerlichen Mehrheit. Der Staat soll schrumpfen, seine Leistungen reduziert werden: weniger Sicherheit im Alter, bei Invalidität, Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie weniger Mittel

für Verwaltung und Justiz, mehr Entlastungen für Aktionäre, Firmen und Grossverdiener, noch mehr Privatisierungsdruck auf Post, Swisscom und SBB und ein Steuerwettbewerb, der den Kantonen an die Substanz geht. Nicht alles davon ist Blochers Werk, vieles aber in Blochers Geist.

### Votum für Sozialstaat

Doch Widerstand bleibt nicht aus. So war das Nein der Stimmbürger zu den rechtsbürgerlichen Abbau- und Prestigeprojekten wie Avanti, Steuerpaket, 11. AHV-Revision und Mietrecht nicht nur eine Absage an eine schlechte Gesetzesarbeit, sondern auch ein Votum zugunsten des Leistungs- und Sozialstaates. Dies gilt umso mehr, als sich das Volk mit seinem Ja zur Mutterschaftsversicherung und zu einheitlichen Kinderzulagen sogar – wider jeden Trend – für mehr Staat aussprach. Und mit der Zustimmung zu Schengen/Dublin, zur Personenfreizügigkeit und der Ostmilliarde plädierte es zudem für Werte wie Kooperation, Zusammenhalt und Solidarität.

Das macht klar: Das Land ist gespalten, das Ringen ums Staatskonzept noch lange nicht entschieden. So sehr der heutige Staat mit seinem Bildungs- und Gesundheitswesen, seiner sozialen Vorsorge, seinen Dienstleistungen und seiner Rechtsstaatlichkeit durch die Globalisierung unter Druck gerät, so wenig ist die Vorstellung mehrheitsfähig, ihn durch einen Nachwächterstaat zu ersetzen, der zwar wenig kostet, aber kaum noch etwas für seine Bürger zu leisten vermag.

### Politik ohne Perspektiven

Dass Blocher mit seiner Staatsidee gleichwohl allgegenwärtig bleibt, liegt nicht zuletzt an FDP und CVP. Die beiden Parteien überlassen die Grundsatzdebatte über den Staat der politischen Rechten sowie Sozialdemokraten und Grünen. Während sich nämlich die Linke mehr denn je als Verfechterin des Leistungs- und Sozialstaates – den sie nach skandinavischem Vorbild reformieren und globalisierungstauglich machen will – profiliert, fehlt der bürgerlichen Mitte eine klare Antwort. Sie bleibt oft im Schlepptau der SVP, sympathisiert mit dem Staatsabbau und betreibt eine Politik, die sie gerne als sachorientiert und pragmatisch bezeichnet, die aber wenig mehr ist als ein situationsbedingtes Reagieren, zufällig und ohne Rückbezug auf einen inhaltlichen Unterbau.

### Aus- statt abbauen

Das ist zu wenig in einer Zeit, in der die Dominanz der Ökonomie die Gestaltungskraft der Politik schwächt. Die heutige Gesellschaft ist von hoher Komplexität und Verletzlichkeit und daher mehr denn je angewiesen auf eine verlässlich funktionierende staatliche Ordnung, die ein sicheres Fundament bildet und gleichsam als Gerüst das Ganze zusammenhält. Wer das Land zukunftstauglich erhalten und soziale Verwerfungen verhindern will, der muss die Errungenschaften des Leistungs- und Sozialstaates mit konstruktivem und klugem Um- und

Ausbau sichern und Reformen realisieren, die die Dynamik der wirtschaftlichen Globalisierung sozialpolitisch und ökologisch nachhaltig flankieren. Mit einer «Weniger-Staat»-Politik, die das Sparen zum Selbstzweck und den Markt zum Allheilmittel erklärt, ist das nicht zu leisten.

### **Das Volk hat die Wahl**

In einer direkten Demokratie, in welcher der Souverän in Sachfragen ohnehin das letzte Wort hat, muss es bei Wahlen erst recht ums Grundsätzliche gehen. Dazu gehört heute mehr denn je, darüber zu entscheiden, in welchem Staat wir leben wollen. Das Volk hat im Oktober die Wahl.

### **W. L. bricht zu neuen Ufern auf**

Diesen Sommer hätte er sein 20-jähriges Tagblatt-Jubiläum feiern können – mit dem vorliegenden Text verlässt uns Inlandchef

Walter Langenegger, um zu neuen Ufern aufzubrechen: Er wechselt auf die gegenüberliegende Seite, als Medienbeauftragter im Stab des Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät (SP).

Begonnen hat die Tagblatt-Laufbahn des heute 47-jährigen Langenegger 1987 als Lokalredaktor in Rorschach. Vom «Ostschweizer Tagblatt» wechselte er 1992 nach St. Gallen ins Inlandressort, dessen Leitung ihm 1994 anvertraut wurde.

W. L. hat unseren Inlandteil seitdem umsichtig geleitet und mit profilierten, vorab sozialpolitischen Kommentaren geprägt. Offenheit und Diskussionslust kennzeichneten seine Arbeit. Wir danken ihm und wünschen ihm am neuen Wirkungsort viel Erfolg! (gfh.)